

II-3598 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1797 W

1991-10-23

## Anfrage

der Abgeordneten Pilz, Voggenhuber, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend Privatisierungs-Fiasko Schönbrunn

Anlaß zur Sorge bildet der Umstand, daß der zuständige Bundesminister Schüssel weiterhin hinter verschlossenen Türen Vertragsbedingungen vereinbart, die die Interessen der Öffentlichkeit betreffen, aber die Verhandlungen nicht nur unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern - wie seine Beantwortung der Dringlichen Anfrage zum Privatisierungs-Fiasko Schönbrunn belegt - sogar des Hohen Hauses führen will. Die Bedenken sind umso berechtigter, als ähnlich geheime Privatisierungen bekanntlich wiederholt zum Nachteil der Republik erfolgt sind und der Vertragsentwurf wesentlich die in der öffentlichen Interessentensuche geforderten Auflagen für den voraussichtlichen Betreiber vernachlässigt.

1. Welche von Ihnen initiierten Verbesserungen im Bereich des Schlosses Schönbrunn heißen Sie glauben, daß Sie sich von der Mitschuld, an den von ihnen reklamierten, Jahre währenden Versäumnissen im Bereich des Schlosses Schönbrunn ausnehmen können?
2. Sind Sie wegen der nun zwei Jahre andauernden Privatisierungsversuche und der massiven öffentlichen Kritik nicht auch der Meinung, daß es wirtschaftlich wie kulturpolitisch die wesentlich bessere Lösung gewesen wäre, daß Schloß aus der kameralistischen Verwaltung herauszulösen vom Bund nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu verwalten und alle Einnahmen für die Erhaltung und Sanierung des Schlosses zu verwenden?
3. Wie rechtfertigen Sie das eklatante Mißverhältnis zwischen der öffentlichen Interessentensuche vom 18. Juli 1989, in der Sie *bauliche Adaptierungen in größerem Umfang, für deren Kosten der Interessent aufzukommen hat*, fordern und dem aktuellen Vertragsentwurf, laut dem die Republik unter anderem selbst für die rund 600 Millionen teure Renovierung aufkommt, den Betreibern ein neues Kassensystem installiert, für mehr als zwei Drittel der Schneeräumungs- und Bewachungskosten aufkommt, bei Bedarf eine allfällige Heizung und Klimaanlage installiert, die Kosten der gärtnerischen Gestaltung des gesamten Schloßareals übernimmt und dem Betreiber mehrere Wohnungen überläßt ohne dafür Miete

einzuheben, um letztlich 50 (in Worten: fünfzig) Prozent der Einnahmen aus den Eintrittspreisen und 10 (in Worten: zehn) Prozent der übrigen Einnahmen vom Betreiber zu erhalten?

4. Welche Konsequenzen beabsichtigen Sie aus dem maßgeblichen Mißverhältnis zwischen der öffentlichen Interessentensuche und dem aktuellen Vertragsentwurf zu ziehen?
5. Warum erhält die Republik von den Nebeneinnahmen der möglichen Schönbrunn-Betreiber nur zehn Prozent, während beispielsweise der Pächter des Shops im Kunsthistorischen Museums rund 20% zu bezahlen hat?
6. In den aktuellen Vertragsentwurf soll ein Passus aufgenommen werden, der dem Bund zumindest Mindesteinnahmen in bisheriger Höhe garantieren soll. Allein diese rasche Änderung rechtfertigt unsere Dringliche Anfrage zum Privatisierungs-Fiasko Schönbrunn, und bestätigt unseren Verdacht, daß der Vertrag den künftigen Betreibern mehr als nötig entgegenkommt. Wie erklären Sie Ihre Ausführungen, daß der von Ihnen beauftragte Rechtsanwalt Dr. Wille die Interessen des Staates optimal vertreten habe, wenn die von Ihnen als Privat-Wahlkampf denunzierte Dringliche Anfrage umgehend diese Vertragsänderung bewirkt hat?
7. Zwei Wochen nach Ihrer Beteuerung, daß der aktuelle Vertragsentwurf die Interessen der Republik Österreich bestens erfülle, klagten Beamte Ihres Ministeriums dem *Standard* vom 18. Oktober 1991 (Abendausgabe): *Über den Vertrag sind wir nicht glücklich, er ist eigentlich die Perversion dessen, was mit der Ausschreibung beabsichtigt wurde. Wir gewinnen nichts dabei.* Womit rechtfertigen Sie Ihre davon völlig abweichende Einschätzung des Vertrages in Ihrer Beantwortung unserer Dringlichen Anfrage zum Privatisierungs-Fiasko Schönbrunn?
8. Welche Konsequenzen beabsichtigen Sie daraus zu ziehen?
9. Vertreten Sie diesbezüglich immer noch die irrige Ansicht, daß Dr. Wille *ein Garant dafür sei, daß die Republik Österreich durch diesen Vertrag keinen Schaden erleiden wird?*
10. Wie lautet jene, von Ihnen erwähnte präzise Statusaufnahme des Bundesdenkmalamtes, der Sie Bescheidcharakter verliehen haben, im genauen Wortlaut?

11. Wenn Sie gewiß sind, daß sich das Ergebnis Ihrer Verhandlungen sehen lassen kann, wieso enthalten Sie den aktuellen Vertragsentwurf weiterhin nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch dem Hohen Haus vor?
12. Wie lautet der derzeit aktuelle Vertragsentwurf im genauen Wortlaut?
13. Beabsichtigen Sie, dem Parlament den derzeit gültigen Vertragsentwurf doch noch vor Vertragsabschluß zu Kontrollzwecken zu übermitteln? Wenn nein, warum eigentlich nicht?
14. Wie hoch ist voraussichtlich der Verlust an Einnahmen durch die Vergabe der Verwertungsbeiträge für Film- und Fotorechte?
15. Das Schloß Schönbrunn ist oft Veranstaltungsort der Regierung. Nach der Privatisierung hat die Republik den Betreibern für diese Veranstaltungen Miete zu zahlen. Wie hoch sind voraussichtlich die künftig entstehenden Mietkosten für die gewohnten Empfänge und alle anderen Veranstaltungen der Republik Österreich in Schönbrunn?
16. Wodurch sehen Sie im Hinblick auf die schlüsselfertige Übergabe der zur Privatisierung bestimmten Teile des Schlosses Schönbrunn die 50:50-Teilung der Einnahmen zwischen Bund und Betreibern gerechtfertigt? Welche besondere Gegenleistung wird denn von den Betreibern erbracht?
17. Wie hoch waren die Ausgaben für Bewachung und Schneeräumung für die zur Privatisierung bestimmten Teile des Schlosses Schönbrunn in den letzten acht Jahren?
18. Sie denunzieren viele Gegner Ihrer Schönbrunn-Privatisierungsversuche als privilegierte Schloßbewohner, die kostengünstig Luxuswohnungen bewohnen. Sie übersehen dabei, daß diese Klage zur Selbstanklage wird, da Sie selbst der zuständige Hausverwalter sind. Wie hoch sind die derzeitigen Mieteinnahmen aus den vermieteten Wohnungen?
19. Wie hoch wären die Einnahmen aus den vermieteten Wohnungen bei marktgemäßen Konditionen?
20. Wieso verlangen Sie für die vermieteten Wohnungen keine marktgemäßen Konditionen?
21. Wie hoch wären die Einnahmen, wenn alle von Ihnen derzeit nicht vermieteten Wohnungen zu marktgemäßen Konditionen vermietet würden?

22. Wie hoch ist der Entgang an Einnahmen durch jene Wohnungen, die den künftigen Betreibern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen, so diese Wohnungen zu marktgemäßen Konditionen vermietet würden?